Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 5,50 M., ins Haus geliefert 5,90 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 5,85 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 6,35 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 20 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 75 Pfg., für Auswärtige 80 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 1,80 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

48. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt.“** Fernsprecher 224.

Nr. 43. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 13. April. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1920.

Die Heuchelei Frankreichs.

Obwohl die deutsche Regierung in ihrer scharfen nach Paris gerichteten Protestnote das frevelhafte Vorgehen Frankreichs durch die Besetzung weiterer deutschen Gebiete schon gehörig gebrandmarkt und vor aller Welt das Unrecht Frankreichs dargelegt hat, so muß diese ganze Art der fortgesetzten französischen Machtpolitik doch noch auch ganz besonders klar gelegt werden, denn sie enthält die schlimmste Eigenschaft im Leben eines Volkes, sie ist die raffinierteste und zugleich frechste Heuchelei, mit welcher die Franzosen ihre ganze Politik noch zu beschönigen suchen, obwohl sie damit ganz unberechenbaren Schaden angerichtet haben. Der französische Ministerpräsident Millerand hat nämlich in einem an die auswärtigen Regierungen gerichteten Rundschreiben erklärt, daß Frankreich in der Neubesetzung deutscher Städte nicht unter dem Eindrucke deutschfeindlicher Gefühle gehandelt habe, und daß Frankreich selbst wünsche, sobald als möglich normale Beziehungen mit Deutschland auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Verkehres aufzunehmen. Dabei entblödet sich der französische Ministerpräsident aber nicht, in diesem Rundschreiben zugleich die Behauptung aufzustellen, daß die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen im Ruhrgebiete dem Drucke der deutschen Militärpartei nachgegeben und eine feierliche Abmachung des Friedensvertrages verletzt habe. Diese Kundgebung enthält eine doppelte Heuchelei, ja sogar eine direkte Lüge, denn das Vorgehen Deutschlands im Ruhrgebiete ist nur von der Notwendigkeit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Bevölkerung gegen Räuber und Plünderer und auf Wunsch der Führer aller politischen Parteien im Ruhrgebiete und in keiner Weise durch eine deutsche Militärpartei veranlaßt worden. Aber die französische Heuchelei geht noch viel weiter und sie ist geradezu ein frevelhaftes Spiel in der ganzen öffentlichen Meinung Frankreichs, denn in der französischen Presse kann man es in allen Tonarten lesen, daß Frankreich immer noch vor den doppelten Gefahren, durch die es von Deutschland bedroht werde, gerettet werden müsse, und dazu gebe es ein Mittel, Deutschland im Guten oder im Bösen vollständig zu entwaffnen. Das ganze nationale Leben des französischen Volkes stehe bei der Lösung dieser Frage auf dem Spiele. Solche Dinge wagt man in Frankreich vom Regierungstische aus und auch in der Presse dem Volke aufzutischen, nachdem Deutschland im Weltkriege vollständig besiegt und durch einen beispiellosen Friedensvertrag politisch und militärisch, wirtschaftlich und finanziell vollständig geknebelt und überdies noch wichtiger Ländergebiete beraubt worden ist! — Diese furchtbare Art der politischen Heuchelei in Frankreich erinnert sehr lebhaft an die politischen Methoden, mit denen einst Ludwig XIV. und Napoleon III. ihre Gewaltpolitik als das höchste Recht Frankreichs Deutschland gegenüber ins Werk gesetzt haben. Denkt man nun noch daran, daß Frankreich sich als eine Hauptstütze des Völkerbundes aufspielt, der allen Völkern der Erde Recht und Freiheit, Frieden und Ruhe spenden soll, so wird man ermessen können, daß die politische Heuchelei der Franzosen von gemeingefährlicher Natur nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa ist, denn mit einer raffiniert ausgeführten Heuchelei läßt sich jedes Unrecht in Recht, jede Falschheit in eine angebliche Wahrheit umwandeln, und unter der Führung Frankreichs würde eine Politik in Europa Mode werden, die das ganze politische Leben der europäischen Völker vergiften würde. Wenig Vertrauen haben wir in England und in Italien, daß sie diese Heuchelei Frankreichs gehörig zurückweisen werden, aber was sagt denn zu diesem Heuchlerspiel der Franzosen der ehrenwerte Präsident Wilson, der in den Weltkrieg gezogen war, um Recht und Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit im Völkerleben einzuführen? Legen die Amerikaner keinen scharfen Protest gegen Frankreichs Politik ein, dann muß Deutschland allein den mühseligen Kampf um Recht und Wahrheit weiterführen.

Rettet unsere Grenzlande!

In den nächsten Wochen werden bereits beginnt der letzte Kampf um Deutschlands Grenzmarken. Es ist die größte Entscheidung um staatliche Zugehörigkeit, die die Welt je gesehen hat. Gebiete mit fast 3 Millionen Seelen werden der Abstimmung unterworfen, so daß alles getan werden muß, um diese wirtschaftlich und kulturell unentbehrlichen Landesteile in Ost- und Westpreußen und Oberschlesien dem deutschen Vaterlande zu erhalten, da wir sonst im Osten fast den 7. Teil des Reichsgebietes verlieren würden. Die Abstimmungsgebiete liefern Nahrungsmittel für über 6 Millionen Deutsche, und Oberschlesien liefert den dritten Teil der deutschen Kohle. Die Frage, ob die Abstimmung in diesen Gebieten für Deutschland oder für Polen entscheidet, ist also nicht bloß eine Angelegenheit der betreffenden Landesteile, sie ist vielmehr eine Lebensfrage des gesamten deutschen Volkes, besonders aber eine Schicksalsfrage für Ostdeutschland.

Es wird abgestimmt:

1. in Ostpreußen: in den Kreisen Allenstein, Johannisburg, Lötzen, Marggrabowo (oder Oletzko), Neidenburg, Osterode, Ortelsburg, Rössel und Sensburg;
2. in Westpreußen: in den Kreisen Rosenberg und Stuhm und in den östlich der Weichsel und Nogat gelegenen Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder;
3. in Schlesien, und zwar im Regierungsbezirk Oppeln in den Kreisen Kreuzburg, Rosenberg, Lublinitz, Tarnowitz, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte, Zabrze, (die Ecke südwestlich der Linie Katscher—Beuthen OS.—Pleß—Rybnik—Ratibor—Oderberg fällt ohne Abstimmung an die Tschecho-Slowakei), Kosel, Grobschütz, Groß-Strehlitz, Oppeln und im Kreise Neustadt OS. östlich der Linie 8 Kilometer östlich Neustadt an der österreichischen Grenze in nördlicher Richtung bis östlich Puschin an der Grenze des Kreises Falkenberg, im Regierungsbezirk **Breslau**, und zwar im Kreise **Namslau** in den Ortschaften **Hennersdorf, Polkowitz, Wallendorf, Salesche, Dziedzitz, Bachowitz, Steinersdorf, Sterzendorf** u. **Dammer.**

Alle in diesen Gebieten geborenen Personen ohne Unterschied des Geschlechts, die am 1. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet haben, sind in ihrer Heimatgemeinde stimmberechtigt. Der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle Abstimmungsberechtigten zu erfassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, zur Abstimmung in ihren Geburtsort zu reisen.

In Ost- und Westpreußen findet die Abstimmung wahrscheinlich schon im Mai statt. Noch im Laufe des Monats April müssen die aus den obengenannten Gebieten stammenden Ost- und Westpreußen sich unter Angabe von Zeit, Ort und Kreis der Geburt melden damit rechtzeitig für sie die erforderlichen Urkunden, Fahrscheine usw. besorgt werden können. Soweit die Anmeldung noch nicht bei einem Heimatverein oder beim Deutschen Schutzbund erfolgt ist, ist umgehende Mitteilung erforderlich.

Wichtige Feststellungen der deutschen Regierung gegenüber dem Vorgehen Frankreichs.

Von zuständiger deutscher Seite wird mitgeteilt, daß aus der Note des Ministerpräsidenten Millerand in Sachen des Vorgehens Frankreichs hervorgeht, daß die französische Regierung ohne die Zustimmung ihrer Bundesgenossen vorgegangen ist und daß die Botschafterkonferenz sogar auf eine Anfrage erklärt hatte, daß die Besetzung Frankfurts und Darmstadts

Die aus der Mühle.

Roman von Anny Wothe.

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck verboten.

16. Fortsetzung.

„O, es geht ihr sehr gut, Papa,“ sagte Gret eifrig, „seitdem sie in unserem Hause, ist sie förmlich aufgelebt und Dr. Lindner sagte gestern, als er Jutta besuchte, sie würde schon in der nächsten Woche aufstehen können, trotz ihrer Schwäche und Hinfälligkeit. Ich finde es reizend von Dr. Lindner, daß er sich Juttas so angenommen hat und auch jetzt noch so eifrig um sie besorgt ist — leider muß er morgen wieder nach Berlin, weil ihn seine Patienten nicht länger entbehren können — wie schade, ich finde ihn geradezu himmlisch!“ — „Gret!“ warnte die Tante. „Laß doch, Malchen,“ winkte Lisa ihr zu. — „Ja, er ist ein netter Mann, der junge Arzt,“ nickte der Major, „obgleich ich von seiner „Himmlischkeit“ noch nichts bemerkt habe.“ Milly zuckte wegwerfend die Achseln, während der Alte fortfuhr: „Ueberhaupt sind die Lindners sehr charmante Leute. Wäre neulich Lindner nicht gekommen, dann „pisackte“ meine hochgeborne Schwester in dem Lumpenhause in Rodendorf wohl noch immer ihr eigenes Kind, um alles dem Schlingel, dem Waldemar, zustecken zu stecken zu können. So konnten wir kurzen Prozeß machen und Jutta hierhernehmen, um sie gesund zu pflegen, während meine liebe Schwester mit der Rente, die ihr der Müller ausgesetzt hat, auf Reisen gegangen ist, liebe Bekannte zu besuchen, von denen sie hoffentlich nicht zurückkehrt!“ — „Ullrich!“ mahnte Tante Malchen. „Ach was,“ entgegnete der Major, „sie ist eine leichtsinnige Person und eine leichtsinnige Mutter, wenn sie auch meine Schwester ist. Ich selbst konnte beim besten Willen nicht mehr tun, als Waldemar einen jährlichen Zuschuß geben und Jutta hierhernehmen, und da Carl Lindner sich erbot die Rente zu zahlen und Sidonie ohne Skrupel annahm, war es mir natürlich recht.“ — „Du hättest das gar nicht zugeben dürfen, Onkel,“ sagte Milly scharf, „ich finde, es ist eine Anmaßung von den Müllersleuten, sich in die Angelegenheiten hochgeborener Leute zu mischen und ihr Geld dazwischen zu streuen.“ — „Das verstehst Du nicht, Milly,“ entgegnete der Major. „Die Lindners gehören seit alten Zeiten quasi mit zur Familie. Länger als ein Jahrhundert hat zwischen den Lindners, Degenhofs und Sandens ein inniger, freundschaftlicher Verkehr bestanden, wie er schöner nicht gedacht werden kann. — Einer ist stets für den andern, wie es sich für treue Nachbarn geziemt, mit Hab und Gut eingetreten, und so Gott will wird es auch so bleiben.“ — Major von Sauden sprach ungewöhnlich ernst. Niemand hätte wohl einen Widerspruch gewagt, Milly aber, die sich mehr erlauben konnte als die andern, sagte, ihre schlanke Gestalt bequem in den Polsterstuhl dehnend: „Sei nur nicht böse, Onkelchen, ich wußte ja gar nicht, daß man ganz sentimental werden muß, wenn von den Lindners die Rede ist. Du hast uns doch in den Grundsätzen unserer Standesgenossen erzogen und dazu gehört niemals ein gesellschaftlicher Verkehr mit den Müllersleuten.“ — Milly wußte ganz gut, daß sie den Onkel an seiner verwundbarsten Stelle getroffen. — „Laß die Malchen, Milly,“ entgegnete er auch ungewöhnlich scharf, „Du weißt ganz gut, daß der Ausdruck Müllersleute sehr unpassend ist. Der Müller, wie ihn die Dörfler allerdings aus Gewohnheit nennen, ist ein sehr gebildeter Mann, der sowohl wie sein Bruder Reinhard Universitätsbildung hat und nur aus Pietät für die Familientradition das große Mühlenwerk seines Vaters übernommen hat. Carl Lindner ist mir stets ein treuer Freund gewesen und soll es bleiben. Verstanden?“ — „Ja doch, Onkelchen,“ schmeichelte Milly, „ich habe ja auch nur gescherzt, aber die Tatsache, daß die Lindners bürgerlich sind, läßt sich doch trotz ihrer Millionen nicht wegleugnen.“ — „Lindner hat den ihm vom König angebotenen Adel schon vor Jahren zurückgewiesen,“ warf Tante Malchen ein. — „Das ist auch sehr gescheit,“ entgegnete Milly spitz, „denn dadurch wären seine Töchter nicht weniger spießbürgerlich geworden. Mir graut, wenn ich daran denke, mit welchem Eifer die Mädchen, im Verein mit der alten, schrecklichen Nike, höchst eigenhändig das selbstgekochte Essen in die entsetzlich kahl und nüchtern aussehende große Stube tragen — so etwas paßt nun einmal nicht für unsre Kreise.“ — Der Major hatte sich wieder in seine Zeitung vertieft, und Lisa trommelte energisch mit ihren Füßen den Boden. Gret aber sagte ganz empört: „O, das bitte ich mir aus, Milly, daß Du nichts über Suse und Frieda sagst, sie sind mir die liebsten von all meinen Freundinnen und gebildeter als wir alle zusammen. Fritz ist erst fünfzehn Jahr und war in der Pension weiter als ich, so daß sie jetzt schon nach Herzenslust in der Wirtschaft helfen kann, während ich noch immerzu lernen muß; und Suse, ach, weißt Du, Suse, das ist das Schönste, was es auf der Gotteswelt für mich gibt!“ — Die kleine sonnige Menschenblume sah allerliebst in dem Eifer aus, mit dem sie die Mühlenkinder verteidigte. — „Laß doch, Gret,“ warf Lisa geringschätzig ein und zündete sich eine Cigarette an, nachlässig ein paar Züge tuend, „Milly kann das nicht beurteilen, denn sie ist nicht wie wir mit Suse und Fritz aufgewachsen, da sie viel älter ist als wir.“ — „Lisa!“ rief Milly gereizt und sprang in die Höhe, denn ihre vierundzwanzig Jahre waren ein wunder Punkt in ihrem jungen Leben, aber Lisa paffte gleichmütig weiter und sah der Cousine so kalt in die Augen, daß diese es vorzog, nicht weiter darauf einzugehen. — „Ich habe mich sehr über Susens Verlobung gewundert,“ warf Tante Malchen ein und rückte die Brille auf die Stirn. — „Wie kannst Du Dich darüber nur wundern, Tante,“ lachte Milly etwas nervös auf, „das ist doch ganz selbstverständlich, daß Onkel und Nichte sich heiraten da bleibt das Geld hübsch beisammen und die Lindners werden hier mit der Zeit kleine Könige.“ — Lisa sah amüsiert auf die Schwester Milly. — „Doktor Lindner wäre ein netter Kerlchen für Dich gewesen,“ sagte sie ein klein wenig boshaft. „Schade daß er Dich erst nach seiner Verlobung gesehen.“ — „Du wirst doch nicht etwa denken, daß ich jemals einen solchen Plebejer heiraten würde?“ — Lisa lachte laut auf. „Du vergißt wohl, daß man bei uns geheiratet wird und warten muß, bis einer kommt, Cousinchen?“ — Milly trat ans Fenster, Gret erhob sich und floh zu Lisa herüber, zärtlich ihren Arm um der Schwester Hals legend. — „Reize sie nicht,“ bat sie leise auf Milly deutend. Lisa aber schob energisch die kleine Schwester von sich und sagte: „Kleine Stubenhockerin, vorwärts, marsch, raus an die frische Luft, damit Du rote Backen kriegst — heut nachmittag reite ich nach der Rodendorfer Mühle, willst Du mit?“ — „Ja,“ nickte Gret, „aber nicht reiten, weißt Du, ich kann es nicht leiden, es kommt mir so unweiblich vor.“

Fortsetzung folgt.

durch die französischen Truppen zurzeit unzulässig sei. Es ist auch in der französischen Note vollkommen verschwiegen worden, daß Deutschland bereits am 4. April in Paris mitteilen ließ, daß nur mit einer geringen Truppenanzahl die Aktion im Ruhrgebiet durchgeführt werde und daß sie schon in acht Tagen erledigt sein werde. Diese Tatsache ist in der französischen Note deshalb nicht erwähnt worden, weil sie in dem militärischen Vorgehen Frankreichs und in die willkürliche Behauptung der französischen Regierung nicht hineinpaßte, daß die Besetzung Frankfurts und anderer deutschen Städte für die Sicherheit Frankreichs unbedingt notwendig gewesen sei. Unwahr ist auch die französische Behauptung, daß über 50 000 Mann deutscher Truppen ins Ruhrgebiet eingerückt seien. Unwahr ist ferner, daß den deutschen Truppen im Ruhrgebiet nur schlecht bewaffnete Spartakisten in geringerer Anzahl gegenüberstanden. Die Aufständischen im Ruhrgebiet mußten vielmehr auf 30 000 Mann mit Artillerie und Maschinengewehren gut ausgerüstete Soldaten geschätzt werden. In der Note der französischen Regierung an die Botschafterkonferenz wird ferner behauptet, daß die Militäristen Kapps den Einmarsch des deutschen Heeres in das Ruhrgebiet erzwungen hätten. Damit soll bewiesen werden, daß der Plan des Einmarsches der deutschen Truppen ins Ruhrgebiet schon unter Kapp entstanden sei. Davon ist kein Wort wahr und hat der deutsche Unterstaatssekretär von Haniel bereits in einer Instruktion vom 17. März an den deutschen Geschäftsträger in Paris und durch diesen gegenüber der französischen Regierung feststellen lassen, daß der Antrag auf Genehmigung des Einrückens von deutschen Truppen in das Ruhrgebiet von der verfassungsmäßigen deutschen Regierung ausgehe. Diese Feststellungen der deutschen Regierung vernichten moralisch das ganze Vorgehen Frankreichs und es ist dringend zu wünschen, daß das deutsche Volk in allen seinen Parteien sich in Bezug auf die Zurückweisung des verbrecherischen Vorgehens der Franzosen am Rhein und Main geschlossen hinter die deutsche Regierung stellt, damit auf einer Konferenz der Verbandsmächte die deutsche Beschwerde die gebührige Beachtung findet.

Vertreter des Ruhrgebietes beim Reichskanzler und beim Reichswehrminister.

In Berlin haben in den letzten Tagen die Vertreter der christlichen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Ruhrgebiete sowie auch Vertreter sämtlicher im Ruhrgebiete kämpfenden Reichswehrtruppen mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister über weitere Maßregeln verhandelt, die zur Beruhigung des Ruhrgebietes und für einen besseren Schutz der Reichswehrtruppen getroffen werden sollen. Nach einem Bericht der „Germania" wäre gegenüber der Beseitigung unhaltbarer Zustände im Ruhrgebiete sogar die Wiedereinführung des Standrechtes gefordert worden. Die Vertreter des Ruhrgebietes haben außerdem auch eine Aussprache mit den deutschen Gewerkschaften und mit den beiden sozialdemokratischen Parteien gehabt und hofft man, daß dadurch eine gewisse Klärung in unserer ganzen inneren politischen Lage herbeigeführt wird, zumal die Vertreter der Ruhrgebiete die Maßregeln der Regierung zur Beruhigung des Landes gebilligt haben.

Die deutsche Protestnote wird als „unverschämt" bezeichnet.

Amsterdam, 8. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Paris, daß in den Wandelgängen der Kammer die Protestnote der deutschen Regierung von den Abgeordneten allgemein als unverschämt bezeichnet werde. Man sei der Ansicht, daß diese Note zur Folge haben werde, daß die Verbündeten besser begreifen würden, wie sehr Frankreich im Recht gewesen sei, als es die deutsche Herausforderung im Ruhrgebiet so beantwortete. Man befasse sich mit dem Plane, nach dem Abmarsch der deutschen Truppen aus dem Ruhrgebiet den Engländern dort freie Hand zu lassen und hierauf die besetzten Städte wieder zu räumen.

Ministerrat in Paris.

WTB. Paris, 9. April. Die Minister und Unterstaatssekretäre traten zu einem Kabinettsrat zusammen. Millerand gab ihnen Kenntnis von der mündlichen Mitteilung der englischen Regierung bezüglich der Besetzung Frankfurts.

Englands Einspruch ohne praktische Folgen.

Berlin, 10. April. Zu dem Einspruch Englands hören wir aus maßgebenden Kreisen: Man begrüßt zwar hier den Einspruch der britischen Regierung gegen das unberechtigte Vorgehen der Franzosen insofern, als man erkennt, daß der gesunde Verstand sich gegen militärische Machtgelüste aufgelehnt hat. Man verkennt jedoch nicht, daß der englische Einspruch einen unmittelbaren praktischen Wert nicht haben wird, das heißt, daß die Franzosen die von ihnen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages besetzten Städte nicht früher, als sie ursprünglich beabsichtigt hatten, räumen werden.

Zu den Nachrichten der französischen Presse, daß die Dauer der Besetzung auf drei Monate ausgedehnt werden soll, liegt in hiesigen maßgebenden Kreisen keinerlei Bestätigung vor. Eine solche Verlängerung der Besetzung würde im übrigen auch schon in schroffstem Widerspruch zu den von der französischen Regierung gegebenen Versicherungen stehen.

Die Lage in Frankfurt a. M.

WTB. Frankfurt a. M., 8. April. Der französische Befehlshaber des Bezirks Frankfurt hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, Polizei, Feuerwehr, der Zoll- und der Forstverwaltung angehören, zum Gruße der Fahnen und der uniformierten Offiziere der verbündeten Mächte verpflichtet sind.

Basel, 8. April. „Echo de Paris" berichtet, daß die Besetzung der Stadt Frankfurt „vorläufig" drei Monate dauern soll. Der „Matin" meldet, daß der jetzigen Besetzung weitere folgen werden und nennt als nächste zu besetzende Stadt Aschaffenburg am Main.

Plünderungen auf dem Rückzuge der Roten Armee.

Bochum, 8. April. Aus Essen wird gemeldet: Aus dem ganzen Industriebezirk und den angrenzenden ländlichen Gegenden kommen immer neue Nachrichten über Plünderungen und Ausschreitungen der Roten Armee auf ihrem Rückzuge. Die Fälle von Gewalttaten und Räubereien durch Rotgardisten sind noch gar nicht zu übersehen. Auf dem Schlosse des Grafen Westerhof bei Haltern haben die Rotgardisten mit ihren Dirnen drei Tage gehaust und die ganze Einrichtung und viele Kunstgegenstände zerschlagen und weggeschleppt.

Französische Entstellungen und Verdrehungen.

WTB. Berlin, 8. April. Wie von amtlicher Seite gegenüber einem französischen Funkspruch aus Lyon an alle vom 6. 4 abends mitgeteilt wird, ist es unwahr, daß 150 000 Mann deutsche Truppen im Rubrrevier operierten. Am 5. April haben vielmehr dort 43 000 Man, davon 15 000 in der durch den Friedensvertrag geschaffenen neutralen Zone operiert. Bei den Aufständischen handelt es sich um militärisch organisierte Kampftruppen von mindestens 30 000 Mann Gesamtstärke. Es ist unwahr, wenn der Funkspruch behauptet, daß die Aufständischen beim ersten Angriff davonlaufen würden, vielmehr haben hartnäckige und blutige Kämpfe stattgefunden. Die bisherigen Verluste der Reichswehr, etwa 200 Tote und mehrere hundert Verwundete, sprechen eine andere Sprache. Bewußte Unwahrheit und Verleumdung der deutschen Bürger ist die Angabe des Funkspruches, daß die Regierung in der Verwendung ihrer Kampfmittel grausam und rücksichtslos gegen die Bevölkerung vorgegangen sei.

Notwendigkeit von Ortswehren.

Berlin, 9. April. Die Zentrale der Einwohnerwehren hat dem Verbande ein Denkschreiben überreicht, in der die Notwendigkeit des Weiterbestehens der Ortswehren angesichts der unsicheren Lage klargelegt wird. Die Einwohnerwehren fordern eine Ausgestaltung auf breiter volkstümlicher Grundlage. Aus technischen Gründen ist die geforderte Auflösung am 10. April unmöglich. Sollte der Verband auf seinem Standpunkt beharren, so wäre es nur denkbar, daß an dem festgesetzten Termin offiziell die Dienstentleitung der einzelnen Wehren erfolgt. Man ist sich jedoch über die Schwierigkeiten der Auflösung, namentlich der großen Wehren, an zuständiger Stelle durchaus klar. Die Stimmung der Einwohnerwehren ist sehr gereizt, und es hat, wie die „Post" schreibt, den Anschein, als ob sich dem Verlangen nach Ablieferung der Waffen ernstlicher Widerstand entgegenstellen werde.

Frankreichs Haftung für alle Schäden in Frankfurt a. M.

Berlin, 9. April. Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung durch den Geschäftsträger Dr. Mayer in Paris der französischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der erklärt wird, daß Deutschland die französische Regierung für alle Schäden verantwortlich und haftbar machen müsse, die durch die Besetzung Frankfurts und anderer deutscher Städte durch französische Truppen entstehen. Insbesondere müsse Frankreich für die Tötung deutscher Staatsbürger in Frankfurt haftbar gemacht und verpflichtet werden, den Hinterbliebenen der Getöteten und den Verletzten angemessene Entschädigungssummen zu zahlen.

Besprechungen zwischen Reichsregierung, Gewerkschaften und Reichswehr des Ruhrgebietes.

Ueber die Maßnahmen zur Beendigung der unhaltbaren Zustände. Scharfe Forderungen der Reichswehr.

Berlin, 10. April. Die Vertreter der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften und der Reichswehrformation des Ruhrreviers haben gestern Abend Berlin verlassen, nachdem sie in Besprechungen mit der Reichsregierung und den Gewerkschaften auf die Maßnahmen hingewiesen hatten, die nach ihrer Meinung notwendig sind, um den unhaltbaren Zuständen im westlichen Industriegebiet ein Ende zu machen.

Die Reichswehr ist der Ansicht, daß eine schnelle Bestrafung derjenigen Aufrührer herbeigeführt werden muß, die bei schweren Straftaten gefaßt werden. Aus einer Unterredung mit einem Vertreter der Reichswehrformationen mit einem Mitarbeiter des „Tag" ist hervorzuheben, daß die Vertreter der Truppen erklärten, die Reichswehr würde solange Gewehr bei Fuß stehen, bis ihre Hauptforderung restlos erfüllt sei. Von der Regierung wurde die Zusage gegeben, daß sie alles tun werde, um diesem Wunsche der Truppen gerecht zu werden. Man will neue Kriegsgerichte an der Front einführen, die das Verfahren beschleunigen sollen. Das Reichswehrministerium hat bereits die ersten Vorbereitungen getroffen. Die Vertreter der Truppen waren mit dieser Zusage zufrieden. Ferner forderten sie die völlige Ausschaltung der Nebenregierung. Die Soldaten wollen es nicht mehr dulden, daß die Gewerkschaften in allen wichtigen Fragen ihren Einspruch einlegen. Außerdem verlangen die Truppen die völlige Säuberung des Ruhrgebiets von allen linksradikalen Elementen.

Die militärischen und gewerkschaftlichen Vertreter der westlichen Industriegebiete stehen, was diese drei Forderungen anbelangt, geschlossen da. Das kam in der Besprechung, die sie am Donnerstag mit der Reichsregierung hatten, klar zum Ausdruck. Besonders von gewerkschaftlicher Seite wurde aufs entschiedenste der Standpunkt vertreten, daß den Wünschen der Reichswehr stattgegeben werden müsse. Man sagte der Regierung so scharf die Meinung, daß Reichsminister Bauer sich gegen die Angriffe verwahren mußte mit der Begründung, sie seien unberechtigt.

Die Vertreter der Gewerkschaften verlangen noch, daß nach der Säuberung des Ruhrgebiets die Einwohner sämtliche Waffen abzugeben hätten. Außerdem halten sie es für dringend erforderlich, daß an Stelle der Einwohnerwehren staatliche Polizei tritt, die in der Lage ist, sich den Einwohnern gegenüber durchzusetzen. Gestern verhandelten die westlichen Arbeitervertreter mit den Gewerkschaften. Es kam hierbei zu einer sehr erregten Aussprache, in der die Unabhängigen gegen die Wünsche der Ruhrleute Front machten.

Zur Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 10. April. Im Ministerium des Innern fanden gestern erneut Verhandlungen über die Auflösung der Einwohnerwehren statt. Unter dem Druck des Verbandes hat man sich entschlossen, die Zentralisation der Wehren aufzuheben und die Verbände in Ortswehren umzuwandeln. Diese neugegründeten Ortswehren sollen Hand in Hand mit den Formationen der Sicherheitspolizei arbeiten. Sie werden wahrscheinlich den Namen „Ortsschutz" erhalten und ihre personelle Zusammensetzung soll auf paritätischer Grundlage geschehen. Bereits in den nächsten Tagen sollen, um eine möglichst weitgehende Beteiligung der Arbeiter zu erzielen, in den Betrieben Listen ausgelegt werden, in denen zum Beitritt in den Ortsschutz aufgefordert wird. Da der Verband die Bewaffnung mit Militärgewehren und Karabinern nicht gestattet, sollen die Mitglieder der Ortswehren mit Pistolen oder Gummiknüppeln ausgerüstet werden.

Zahlreiche Oberpräsidenten und verschiedene Landesregierungen haben sich mit Eingaben an die Reichsregierung gewendet, in denen sie die Auflösung der Einwohnerwehren als eine völlige Preisgabe der Sicherheit und Ordnung bezeichnen. Beim Ministerium des Innern erfuhren gestern eine Abordnung von Vertretern der Niederlausitzer Bauern, die im Namen von 200 000 Landwirten die Abgabe von Waffen verweigerte, bis Vorkehrungen getroffen seien, daß bei diesem Wege bewaffneten Arbeiter ihre Waffen gleichfalls abgeliefert hätten. Im Falle die Regierung entschlossen ist, irgendwelchen Druck auf die Landwirte auszuüben, wollen diese in einen Generalstreik eintreten und die Lieferung von Lebensmitteln nach den Städten einstellen.

Parteigründung in Braunschweig.

Braunschweig, 10. April. In Braunschweig steht die Gründung einer braunschweigisch-welfischen Partei bevor. In der neuen Partei wollen sich die früheren Rechtsparteien und die Welfenpartei zusammenschließen. Die Partei erstrebt die Selbständigkeit des Herzogtums Braunschweig. Ein- oder Angliederung an ein selbständiges Niedersachsen. Die Parole lautet: Los von Preußen, nicht los vom Reich. Die bundesstaatliche Grundlage des Reiches soll gewahrt bleiben. Weiterer Programmpunkt ist unter anderem Festhalten am monarchischen Gedanken im Sinne eines von den breitesten Volksschichten getragenen Stammesfürsten. Der übrige Teil des Programms beschäftigt sich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen, im wesentlichen nach dem Programm der Rechtsparteien.

Der „Tägliche Rundschau" erscheint die Angabe, daß die früheren Rechtsparteien sich mit den Welfen zusammenschließen wollen, unklar. Der Kernpunkt der ganzen Bewegung sei die Loslösung Hannovers von Preußen, die Wiedereinsetzung der Welfendynastie, und hierbei mitzuwirken, hätten die Rechtsparteien kein Interesse.

32 Todesurteile.

Recklinghausen, 10. April. Bisher sind von dem militärischen Standgericht 32 Todesurteile gefällt worden, von denen vier durch den militärischen Oberbefehlshaber bestätigt worden sind.

Nachrichten

übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Wib. Plauen, 11. April. Am Sonnabend abend kam es hier zu schweren Ausschreitungen der Hölz'schen Roten Garde. Plündernde Banden durchzogen die ganze Stadt. Eine Abteilung drang in das Kaffee Trümmel und nahm den anwesenden Gästen das Geld ab. Der Wirt eines Weinrestaurants, der sich weigerte, 10 000 Mark auszuliefern, wurde fortgeschleppt, konnte aber später vom Publikum auf der Straße befreit werden. Auch in verschiedene Privathäuser drangen die Plünderer ein; bei einem Ziegeleibesitzer wurde der Geldschrank erbrochen und beraubt. Sein Sohn wurde als Geisel festgenommen, desgleichen verschiedene andere Persönlichkeiten. Noch in der Nacht räumten die Roten Gardisten, die von ihnen besetzt gehaltene Kaserne, das Rathaus und den Bahnhof und fuhren sodann unter Mitnahme der Geiseln nach Falkenstein ab. Eines ihrer Automobile verunglückte unterwegs, wobei es mehrere Verwundete gab.

In der Stadt Plauen ist nach Abzug der Roten Gardisten Ruhe eingetreten. Die Reichswehrtruppen, die von verschiedenen Seiten im Anmarsch sein sollen, waren bis zum Nachmittag noch nicht eingerückt.

Wib. Falkenstein i. V., 11. April. Auf die Kunde von dem Anmarsch von Reichswehrtruppen traten in der Nacht zum Sonntag die von Hölz gebildeten Brandkommandos in Tätigkeit und steckten fünf Villen in Brand. Gegen 3 Uhr früh glich die Stadt einem Flammenmeer. Im Hofe des Amtsgerichts ließ Hölz die den Einwohnern abgenommenen Waffen verbrennen. Um 4 Uhr früh verließen Hölz und seine Anhänger, nachdem sie die Geiseln freigelassen hatten, in 10 Automobilen die Stadt und fuhren nach der sächsisch-böhmischen Grenze ab. Der Sonderberichterstatter der Leipziger Neuesten Nachrichten, der bereits am Sonnabend früh in Plauen festgenommen worden war, soll mitverschleppt worden sein. Da die Telegraphen- und Telephon-Verbindungen unterbrochen sind, fehlt jede weitere Nachricht von Hölz, doch nimmt man an, daß er sich in Klingenthal aufhält.

Wib. Bern, 11. April. Die in Lausanne erscheinende Zeitung Droits de Peuple erklärt, Frankreich habe durch seinen unberechtigten Einmarsch in deutsches Gebiet den Krieg von neuem entfacht. Frankreich gibt an, den Militärismus zerstören zu wollen; in Wirklichkeit erwecken aber die französischen Diplomaten und Militärs überall, wohin sie kommen, den Militärismus zu neuem Leben. Es sei zweifellos, daß der französische Kriegsplan darauf abzielt, Deutschland zu zerstückeln. Bisher hätte die französische Oeffentlichkeit die Roten Truppen im Ruhrgebiet als Bolschewisten gebrandmarkt. Dann aber, wo es der Politik Frankreichs auf einen Vorwand für den Einmarsch ankam, hätten alle Pariser Telegramme die Farbe gewechselt und wären voll Lobes für die aufständischen Arbeiter. Droits de Peuple meint, daß die sozialistische Welt bald dieses französische Manöver durchschauen werde. — Die übrigen deutsch-schweizerischen Blätter stellen die Hilflosigkeit des Völkerbundes fest, und verweisen darauf, daß das französische eigenmächtige Beispiel deutlich zeige, wie wenig sich die Signatarmächte des Völkerbundes an ihren Vertrag gebunden halten.

Wib. Beuthen, 11. April. Am 10. April, abends gegen 9 Uhr hat der Erste Staatsanwalt Fipper in Beuthen ohne Angabe von Gründen den Ausweisungsbefehl bis 11. April Mitternacht von der interalliierten Kommission in Oppeln erhalten. Staatsanwalt Fippers Einwendung, daß seine Abreise aus verschiedenen Gründen kaum möglich sein würde, wurde als unbegründet erklärt. Es wurde ihm eröffnet, daß zwei französische Sicherheitsbeamte in seiner Wohnung sein würden, um seine Abreise zu kontrollieren.

Privattelegramm. Berlin, 12. April. Ueber den roten Schrecken im Plauener Lande bringen die Blätter viele Einzelheiten. Der Vossischen Zeitung wird berichtet: Die letzten Tage haben das Wahrscheinliche der Tätigkeit des Hölz so deutlich erwiesen, daß man sich immer nur fragen konnte, wie die Landesregierung diesem Treiben ohne jedes Eingreifen zusehen konnte. Die Drohung des Hölz, beim Einmarsch der Reichswehr die Villen in Brand zu stecken, wurde schon bei dem bloßen Gerücht ausgeführt.

WTB. Plauen, 10. April. Heute nachmittag fanden hier wiederum vier große Massenversammlungen statt. In der siebenten Abendstunde erschien der Kommunist Hoelz zur Versammlung im Schillergarten und teilte mit, daß er in Hof gewesen sei, und daß von dort aus Reichswehrtruppen im Anmarsch seien, die heute noch oder morgen früh in Plauen eintreffen würden. Hoelz teilte ferner mit, daß er den Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft proklamiert habe. Er fordert die Arbeiterschaft auf, sich ruhig zu verhalten und nichts gegen die Reichswehrtruppen zu unternehmen. Er wolle sein Geschick selbst in die Hand nehmen. Er habe seinen Leuten den Auftrag erteilt, mehrere große Besitzer festzunehmen und umzubringen; ferner werde er mehrere der größten Villen in Brand stecken lassen. Zum Zeichen des Beginns des Generalstreiks ließ Hoelz alle Glocken läuten. Die Einwohner befinden sich in begreiflicher Erregung.

WTB. Chemnitz 11. April. Bei der Abstimmung, ob — für den Fall, daß Reichswehr in das Vogtland gesandt wird — ein Generalstreik eintreten solle, stimmten 26000 für und 44000 gegen den Generalstreik. Dessen ungeachtet erließ die kommunistische Partei ein Extrablatt, das den Generalstreik fordert. Ein Erfolg dieser frivolen Propaganda ist unwahrscheinlich.

WTB. Paris, 11. April. „Havas" meldet aus London: Lloyd George reiste gestern nach San Remo ab. Seine Abreise, die ursprünglich auf 11.30 Uhr vormittags festgesetzt war, verzögerte sich infolge des Eintreffens der französischen Note. Es wurde sofort ein Ministerrat einberufen, an dem Bonar Law und Lord Curzon teilnahmen und in dem die Antwort auf die französische Note festgesetzt wurde.

WTB. Paris, 10. April. Amtliche Kreise sind der Ansicht, daß die britische Erklärung bezüglich der Besetzung Frankfurts eine Reihe von Beratungen zwischen Frankreich und Groß-Britannien einleiten wird.

Wtb. Berlin, 11. April. Amtlich. Die deutsche Regierung hat die französische Regierung darauf aufmersam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französische Truppen im Vorrücken in der Richtung auf Aschaffenburg befänden. Für den Fall, daß sich diese Nachrichten bewahrheiten, halte sich die deutsche Regierung für verpflichtet, mit allem Ernst auf die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße der vorrückenden französischen Truppenteile mit deutschen Truppen hinzuweisen. Auf Grund dieser Note hat Paleologue am 10. April den deutschen Geschäftsträger in Paris davon verständigt, daß Frankreich nicht daran denke, Aschaffenburg zu besetzen. Auch Stockstadt sei nicht besetzt worden. Die Vorposten hätten lediglich aus militärischen Gründen bis in die Nähe dieser Stadt vorgeschoben werden müssen.

WTB. Wien, 11. April. Staatskanzler Dr. Renner erklärte in einer Unterredung einem römischen Korrespondenten auf seine Frage betreffend Südtirol, er hätte dieses Thema nicht zur Sprache bringen können, da er nicht zur Einleitung einer Revision des Friedensvertrags in Rom sei, sondern um diesen nach Möglichkeit zu erfüllen. Nitti hatte aber von sich aus davon gesprochen, und was er sagte, habe ihm die größte Freude bereitet. Italien komme den deutschen Bewohnern des Ober-Etschtales sehr großherzig entgegen und sei bestrebt, seine Versprechungen auch zu erfüllen.

WTB. Kassel, 11. April. Die Franzosen sind vorläufig nicht weiter vorgerückt. In den letzten beiden Tagen wurden in Frankfurt 28 bezw. 32 Personen polizeilich festgestellt. Ueber sie wurden Geldstrafen von 12 bis 100 Mk. aus ganz willkürlichen Gründen wegen Ueberschreitung der Polizeistunde oder Paßvorschriften verhängt.

Eine harte Buße.

Frankfurt, 10. April. Der Stadt Frankfurt ist für die Mißhandlung des fahrenden Jägers und die Entwendung seines Fahrrades und Karabiners Kontribution von 10000 Goldmark 10 Karabinern und 10 Fahrrädern auferlegt worden. Die Stadt protestierte bei dem französischen Kommandanten und wies darauf hin, daß es noch gar nicht feststehe, ob Rad oder Karabiner von einem Frankfurter Bürger oder einem der vielen Fremden entwendet worden sei. Der Protest war völlig wirkungslos.

Lokales.

?? Namslau, 13. April. (Begrüßungsfeier.) Zu einer eindrucksvollen Feier gestaltete sich die Begrüßung der aus französischer Gefangenschaft heimgekehrten Krieger, die am Sonnabend nachmittag im Grimm'schen Saale stattfand. Von denselben, etwa 200 an der Zahl, hatten sich infolge der an ihnen ergangenen Einladung gegen 140 eingefunden. Nach erfolgter Speisung der Heimgekehrten begann die eigentliche Begrüßungsfeier, welche der Männergesangverein durch den Sängergruß einleitete. Im Anschluß daran richtete Herr Kreisschulinspektor Schönborn in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Landrats Herrn Dr. Sahur warmherzige Worte an die Zurückgekehrten. Sie hätten wohl am meisten in der Gefangenschaft — mit wenigen Ausnahmen — gelitten; ihre Freude, wieder in der Heimat bei all den Lieben zu sein, die manche seit Kriegsbeginn nicht mehr gesehen, sei erklärlicherweise groß, und an dieser Freude nähmen alle in der Heimat teil. Leider träfen sie das geliebte Vaterland in einer traurigen Lage an. Er sei überzeugt, daß ein jeder von ihnen alles dransetzen werde, um dem schwerbedrückten Vaterland mit aufzuhelfen. Zum Ausdruck der Liebe zum Vaterland bitte er sie, mit in das Lied einzustimmen: „Deutschland, Deutschland über alles!" Nachdem darauf der Sängerchor drei der Festveranstaltung entsprechende Lieder vorgetragen, rief Herr Bürgermeister Schulz den Heimgekehrten ein herzliches Willkommen zu. Er freue sich, zahlreiche liebe Gäste aus dem Kreise hier versammelt zu sehen. Es hätten von jeher gute Beziehungen zwischen der Bewohnerschaft der Stadt und des Kreises bestanden, und er hoffe und wünsche, daß dies immer so sein möchte. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Heimgekehrten schloß er seine tiefempfundene Ansprache. Nach weiteren drei Chören sprach Herr Kreisschulinspektor Schönborn in sinniger Weise das Schlußwort, zugleich bittend, es möchten alle dem Vaterlande die Treue bewahren. Damit verband er den Wunsch, daß auch die in Rußland — Sibirien — in der Gefangenschaft noch weilenden Brüder bald ebenfalls in die Heimat zurückkehren möchten; ein herzlicher Empfang werde auch ihnen bereitet werden. Alsdann dankte Herr Kreisschulinspektor Schönborn dem Männergesangverein für seine Mitwirkung bei der Begrüßungsfeier, wodurch dieselbe wesentlich erhöht worden sei.

= (Feierliche Kommunion.) Am gestrigen Sonntag fand die feierliche Kommunion der Kinder der Parochie Namslau statt. Um 9 Uhr wurden die Kommunikanten 30 Knaben und 41 Mädchen vom Schulhause unter Glockengeläut zur festlich geschmückten Kirche geführt. Nachdem die Kinder das Taufgelübde erneuert hatten, hielt Herr Kaplan Riechoy die Festpredigt, in der er herzliche Worte an die Kinder und an die Eltern richtete. Der Predigt folgte ein vom Herrn Pfarrer Pasternak zelebriertes Hochamt unter Assistenz des Ordenspriesters Herrn P. Augustin und des Herrn Kaplan Riechoy. Während des Amtes gelangte zur Aufführung eine Festmesse, vierstimmig mit Orgelbegleitung, von Zangl mit den vorgeschriebenen Tageseinlagen, und bei Ausspendung der heiligen Kommunium sang der Chor das Lied: „O mein Jesus, komm zu mir!"— Am Schluß des Gottesdienstes wurde das Te Deum gesungen, worauf der Segen gespendet wurde. — Der Feier wohnte die Kirchgemeinde sehr zahlreich bei.

= (Gottesdienstordnung.) In der katholischen Kirche ist im Sommerhalbjahr am Sonntag der Hauptgottesdienst um 9 Uhr und die Segens- bezw. Vesperandacht um 1/23 Uhr. — An den Wochentagen ist die heilige Messe stets um 1/47 Uhr.

= (Waldbrand.) Am Freitag nachmittag ertönte das Feuersignal. Im Czisog brennt's, so hörte man bald rufen. So war es auch; am Nordrande des Wäldchens war Feuer entstanden, vermutlich ist es vorsätzlich angelegt worden. Die freiwillige Feuerwehr war in kürzester Zeit an der Brandstelle, und es gelang ihr durch anstrengende Arbeit, ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern trotz des herrschenden Sturmes. Immerhin ist auf einer ziemlich großen Fläche das Unterholz niedergebrannt. Die Bäume sollen zum Glück nicht weiter gelitten haben.

= (Namslauer Lichtspiele.) Ueber die Aufführung der Christus-Passion in Schweidnitz schreibt die dortige Zeitung u. a.: Die Aufführung dieses Werkes im Wilhelmsplatztheater war sehr sorgfältig vorbereitet und ging eindrucksvoll und würdig von statten. Den Darstellern der Hauptrollen kann man das Zeugnis ausstellen, daß sie sich mit viel Liebe und hoher Würdigung ihrer schweren Aufgabe in diese hineingedacht und sie erfüllt haben. Die Regie hat geradezu glänzendes geleistet und streng darauf geachtet, daß die heilige Handlung zu ungestörter Entwicklung und Wirkung kommt. — Die „Mittelschlesische Zeitung" führt aus: „Welch gewaltige Wirkung auf die Anwesenden beider Konfessionen, die den großen Kinoraum bis auf den letzten Platz füllten! Der Film ist ein Kunstwerk in höchster Vollendung. Szenen von packender Wirkung sind geschaffen worden. Der erhabene Eindruck wurde durch wirkungsvolle kirchliche Gesänge in bester Weise unterstützt. Alle Beschauer des Films waren in jeder Beziehung voll befriedigt. Sie sahen schönste Kunst und erlebten die größte Tragödie, die die Weltgeschichte je gesehen. Möchte diesem Filmwerk überall die größte Beachtung geschenkt werden, die es voll verdient."

Die Kunst für die Jugend!

Ein Abend dem Frohsinn! Lustiger Lauten-Singabend des Barden Dr. Kristel am 20. d. M. Die Zeit der vaterländisch-volkstümlichen Kunst ist gekommen und ihr berufenster und erfolgreichster Vorkämpfer, der von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten Preußens wie auch ganz besonders vom Herrn Regierungspräsidenten in Breslau empfohlene Vaterlandssänger Dr. Kristel hat jetzt das Wort oder richtiger gesagt: das Lied. Er soll unsere Jugend nicht nur unterhalten und ergötzen, sondern sie auch durch seine Kunst belehren und bilden, veredeln und vaterländisch erziehen; er soll sie ferner als „Großes Vorbild" anregen zu Gesang und Lautenspiel und zur liebevollen Pflege des deutschen Volksliedes, und soll dadurch dem musikalischen Unterricht der Schule die notwendige Ergänzung bringen. Laut Zeitungsberichten und amtlichen Bescheinigungen wirkt er durch die Macht des Gesanges auf die jugendlichen Herzen im höchsten Grade, sodaß sie begeistert sich weihen: „Der alten Barden Vaterland, dem Vaterland der Treue." Und dabei erquickt er alle deutschen Herzen durch seine gemütvollen Gesänge, so daß am Schlusse seines Singabends man mit Schiller sagen kann: „Der Jüngling und der Greis am Stabe, ein jeder geht beglückt nach Haus", denn Jung und Alt empfinden dann die Wahrheit des von ihm am Eingange seines Singabends gesungenen Spruches seines Amtsvorgängers Walther von der Vogelweide: „Was der Tau den Fluren, sind der Seele Lieder." Ein allfälliger Ueberschuß des Singabends wird Jugendpflege-Zwecken zugeführt. Alle Kunst- und Sangesfreunde sind hierzu eingeladen.

Fahrplanänderung.

1. Von Dienstag, den 13. d. Mts. ab verkehrt werktags an Schultagen mit 3. und 4. Klasse Zug 344 ab Namslau 7⁰⁰ vorm., Ankunft Oels 7⁴⁸ vorm., Zug 351 Oels ab 8⁰⁰ vorm., Namslau an 8⁵³ vorm.

2. Nach Buchelsdorf verkehren an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen keine Personenzüge.

Vergessen?

In dem Bericht über die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 25. März d. Js. befindet sich ein Antrag des Ratsherrn Fritz Hoffmann auf Entfernung des Kaiserbildes aus dem Sitzungssaal; die Dringlichkeit dieses Antrages ist nur mit knapper Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Beim Lesen dieses Antrages dürfte ein trauriges, mit tiefer Scham verbundenes Empfinden wohl durch alle Schichten unserer Bürgerschaft gezogen sein. Eine Welle des Unwillens rollt über jedes Deutsche Herz, das noch Anspruch auf Treue und Dankbarkeit macht, über den Versuch, den letzten Rest des Gefühls herauszureißen, das eine bis in den Tod bleibende Stätte gefunden hat in dem Innern aller derer, die das Glück hatten, von unserem dereinstigen Kaiser Wilhelm II. 30 Jahre lang regiert zu werden und sich zu erfreuen der Segnungen seiner Herrschaft. Haben denn nicht Millionen und Abermillionen Deutscher im In- und Auslande an Kaisers Geburtstag und auch sonst nicht bloß mit Lippen, sondern durchglüht von verzehrender Liebe immer wieder aufs neue gelobt Treue bis ans Grab? Hatten wir hierzu nicht auch alle Veranlassung? In ein blühendes Gefilde hatte Kaiser Wilhelm sein Deutsches Volk geführt, größer, mächtiger, gefürchteter war Deutschland zu keinen früheren Zeiten, das Wirtschaftsleben, der Handel, die Industrie, das Handwerk, die Künste und die Wissenschaften waren vorbildlich für die ganze Welt, das Volk lebte sicher, geschützt, alles befand sich in mustergültiger Ordnung, für die Arbeiter war gesorgt, sie lebten damals bei bescheidenen Lohnverhältnissen billiger und besser wie jetzt bei den hohen Löhnen. Durch das ganze Land zog der Segen des Herrn, denn Kaiser Wilhelm war auch ein gottesfürchtiger Mann, der für sein Volk betete. Haben wir das alles vergessen? Nun, da der Kaiserliche Herr, gebrochen von Gram und Herzeleid, für sein armes Deutschland, die letzten Tage seines Lebens einsam und abgeschieden beschließt, wollen auch wir in Namslau ihm das Aergste antun, sein hehres Angesicht, das uns ein Menschenleben mit allen Tugenden voranleuchtete, tilgen, ja dann müßten wir uns Eidbrecher, Wortbrüchige, Undankbare nennen. Es sollen einmal die späteren Geschlechter nicht sagen, auch die Namslauer Bürger waren so verblendet.

Eine Schuld an dem Kriege ist weder dem Kaiser noch Deutschland beizumessen, es ist erwiesen, daß Deutschlands Wohlergehen, seine wirtschaftliche Ueberlegenheit England Veranlassung gab, uns einzukreisen, um uns zu vernichten.

Ich gebe nachstehend einen Auszug englischer und französischer Zeitungen und Staatsmänner, wie über unsern Kaiser geurteilt worden ist, noch ein Jahr vor dem Kriege. Das Pariser Journal sagt am 15. Juni 1913: **„Niemals werden Deutsche ihrem Kaiser ein Denkmal setzen können, das hoch genug sein wird. Dieser Herrscher hat in 25 Jahren, ohne das Schwert zu ziehen, ein Werk vollbracht, das alle Werke übertrifft, die die Engländer und Franzosen in 3 Jahrhunderten voller Krieg und Aufopferungen schufen."**

„Der große Freund des Friedens ist der Kaiser. . . England mag überzeugt sein, daß hinter der militärischen und entschlossenen Natur des Kaisers ein überaus gütiges Herz schlägt. Seine Abneigung gegen die Schrecken des Krieges, durch die Tausende ihre Liebsten verlieren würden, beeinflußt ihn in hohem Maße. Trotz seiner Entschlossenheit, keine Mißachtung zu dulden, würde er der letzte sein, einen Krieg heraufzubeschwören. Das ist seine Natur. Wenn die Welt ihn nur in seinem Privatleben sehen könnte, so würde sie überzeugt sein, daß dieser Gedanke ihn stets beherrscht." (Lord Lonsdale, Januar 1912.)

„Die Zukunft wird den Kaiser als einen Fürsten ansehen, dem die geistige und industrielle Entwicklung seines Volkes mehr am Herzen liegt, als eine gewaltsame Eroberungspolitik." (Our German Cousins, London 1912.)

„Kaiser Wilhelm hat die langen Jahre einer Regierung vor sich, deren baldiges Ende niemand wünscht. Diese tatkräftige Persönlichkeit, dieser friedliebende Fürst, dieser seines Standes und seiner Krone würdige Herrscher ist im Vollbesitze seines Ansehens und seiner Macht. . . Möge seine Politik am Jubiläum einer fünfzigjährigen Regierung ihm den Titel sichern, der seinen Ruf, und man muß glauben, seine Wünsche krönen würde, den schönen Titel des Friedenskaisers." (Gabriel Hanotaux im „Figaro" zum 15. Juni 1913.)

„Wir haben hier eine vielseitige und kraftvolle Persönlichkeit von makellosem Charakter vor uns, in dessen ehrliche Absichten und hingebenden Eifer für die Interessen seines Landes selbst sein bitterster Feind keinen Zweifel setzt. Das Ausland wirft ihm nichts weiter vor, als daß er Deutschland in den letzten 25 Jahren so mächtig gemacht." (Price Collier: Germany and the Germans" im Oktoberheft 1912 von „Scribners Magazine.")

Es darf erwartet werden, daß die Vertreter der Namslauer Bürgerschaft wissen werden, was sie zu tun haben und sie werden in ihrer Mehrheit den Antrag des Ratsherrn Fritz Hoffmann wegen Entfernung des Kaiserbildes gewiß ablehnen, seitens des Ministeriums des Innern das maßgebend wäre, für Sitzungssäle der Kreis- und Stadtverwaltungen, ist ein Erlaß nicht erfolgt.

Oscar Tietze.

Provinzielles.

Wild- und Holzdiebereien.

Hirschberg, 10. April. Jenseits der Grenze soll die Wilddieberei in dreistester Weise betrieben werden. Ein Forstmann und ein Finanzer, zu denen sich ein Tourist namens Biemelt gesellt hatte, sahen kürzlich drei Wilderer unterhalb der Keilbauden, die einen starken Hirsch ausweideten. Da die Kerle sofort schossen, mußten sich die Beamten zurückziehen, wobei der Begleiter einen Streifschuß am rechten Oberarm erhielt. Eine später aufgenommene Verfolgung blieb ergebnislos. Auch diesseits der Grenze sollen die Forstbeamten in steter Gefahr vor Wilderern und Holzdieben sein.

Zuchthaus für Schieber.

Glogau, 10. April. Vor dem Wuchergericht fand am vergangenen Mittwoch ein umfangreicher Prozeß wegen Geheimschlachtung und Verschiebung von Fleisch statt. Die drei Hauptangeklagten, der Bahnspediteur Hoffmann aus Schlawa, der Landwirtssohn Nowak aus Schlawa und der Aushilfskellner Laubenheimer aus Berlin wurden beschuldigt, in großem Umfange Vieh abgeschlachtet und das Fleisch mit erheblichem Gewinn nach Berlin verschoben zu haben. Bei H. und L. wurde ein schwerer Fall angenommen, und das Gericht erkannte auf je ein Jahr Zuchthaus und 5000 bezw. 2000 Mark Geldstrafe. N. erhielt ein Jahr Gefängnis. Von 5 weiteren Angeklagten wurden 2 freigesprochen und 3 zu je einer Woche Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Doppelter Raubmord.

Beim Pferdehandel in der Gegend von Lübbenau ermordet.

Görlitz, 8. April. Der Roßschlächter Hennig aus Schönberg OL., der früher in Görlitz am Klosterplatz eine Roßschlächterei hatte, ist mit seinem Gehilfen Schadler am 3. Feiertag in Lübbenau (Spreewald) von einem Unbekannten, der sich Steinbrecher nannte, auf der Landstraße erschossen und seiner Barschaft von 44000 Mark beraubt worden. Der Täter hatte die beiden Ermordeten telegraphisch mit der in Aussichtstellung eines großen Pferdekaufes in die dortige Gegend gelockt. Von dem Verbrecher fehlt jede Spur.

Vor einigen Tagen hatte der Besitzer des Gasthofes „Zum Adler" in Schönberg OL., Hermann Hennig, der gleichzeitig auch Roßschlächterei und Pferdehandel betreibt, eine Nachricht erhalten, daß er in der Gegend von Lübbenau im Spreewald einen vorteilhaften Pferdehandel abschließen könne. Er solle sich die Tiere ansehen und bald nach Lübbenau kommen. Hennig begab sich am 3. Feiertag mit seinem Gehilfen Schadler, nachdem er zum

Namslauer Lichtspiele, Grimm's Hotel.
Freitag, den 16. April, Sonnabend, den 17. April, Sonntag, den 18. April, Montag, den 19. April 1920

Die Christus-Passion im Film.

Zwecke des Kaufes vorher einen Betrag von 30000 Mark zu sich gesteckt hatte, nach Görlitz und von dort nach Weißwasser, wo er mit einem gewissen Steinbrecher zusammentraf, der ihn von dem vorteilhaften Pferdekauf brieflich benachrichtigt hatte. Am Dienstag nachmittag fuhren alle drei nach Lübbenau, wo in dem Rittergute des Grafen von Lynar die Pferde stehen sollten. Hennig ließ sich sofort zum Zwecke des Pferdekaufs noch 14000 Mark nachschicken, die er auch noch am Dienstag erhalten hat. Seitdem hörte man von den beiden nichts mehr.

Beide wurden nun in der Gegend von Lübbenau auf der Landstraße erschossen und beraubt aufgefunden. Dem Täter sind einschließlich der 14000 Mark 44000 Mark bares Geld in die Hände gefallen. Hennig war in der ganzen Schönberger Gegend eine sehr bekannte Persönlichkeit. Er stammte aus Hartha bei Schönberg. Beide Ermordete sind Familienväter. Die Frau des Hennig liegt gegenwärtig schwer krank darnieder.

Odersch, 10. April. Am letzten Montag übernahm ein tschechischer Lehrer den Unterricht in einer Klasse der dortigen Schule. Als der Unterricht begann, entfernten sich die Kinder aus dem Schulzimmer mit der Angabe, daß sie nicht tschechisch verstehen. Später kamen 50 Deutsche aus Troppau, zum größten Teil Studenten, um die Oderscher in ihrem Kampfe für die deutsche Schule aufzumuntern. Als am Abend eine Versammlung abgehalten wurde, in der ein Redner gegen die Tschecher auftrat, wurde die Versammlung durch tschechisches Militär aufgelöst. Daraufhin erfolgte am nächsten Tage wieder ein Schulstreik.

Sinkende Lebensmittel- und Warenpreise im Westen.

Frankfurt am Main, 9. April.

Den geradezu ungeheuerlichen Steigerungen unserer Lebensmittel- und Warenpreise folgt jetzt der unausbleibliche Rückschlag, der sich schon immer dann einstellte, wenn eine bestimmte Preisgrenze mutwillig überschritten worden war und das kaufende Publikum die Lust oder auch die Möglichkeit verloren hatte, mit den steigenden Preisen weiterhin mitzugehen. In erster Linie zeigen die Schmalzpreise eine sinkende Tendenz. Sie fallen sogar, wie die Schmalzschieber mit Schrecken feststellen, „rapid". Im besetzten Gebiet notiert Schmalz bester Qualität nur noch mit 19—20 Mark und in den Frankfurter Metzgerläden ist es seit Dienstag für 23—24 Mark zu haben. Die Ursache ist in den fallenden Devisen, d. h. in der Verbilligung der Zahlungsmittel, zu erblicken, mit denen die Ware aus dem Ausland bezahlt wird, und in der festen Haltung der Mark. Letztere zieht an; in dem Verhältnis als sie ihren Wert verbessert, steigt ihre Kaufkraft; das zeigt sich bereits, wenn auch in minimalem Umfang, an den Schmalzpreisen. Sache des Publikums wäre es jetzt, dieser sinkenden Preisbewegung durch möglichste Zurückhaltung kräftig nachzuhelfen. Wenn die Schieber an ihrem teuer erstandenen Schmalz arbörig Geld verlieren, so ist das ein bescheidener Ausgleich wirtschaftlicher Gerechtigkeit, über den man sich nur freuen kann.

Ein weiterer Gegenstand der Preistreiberei war in den letzten Wochen Kaffee und Kakao. Der Preis des ersteren stieg innerhalb kurzer Zeit von 11 auf 26—28 Mark, der Preis des Kakaos sogar von 24 auf 60 Mark. Die Ursache dafür lag in der Ankündigung Erzbergers, daß zur Hebung der Währung die Kaffee- und Kakao-Einfuhr gesperrt werden solle. In Wirklichkeit ist trotz dieser Ankündigung und der etwa bereits getroffenen Sperrmaßnahmen durch das berüchtigte Loch im Westen andauernd noch so viel Ware hereingekommen, daß der gewaltige Stapel im besetzten Gebiet umzufallen droht und die Schieber nunmehr zu jedem Preise abzustoßen suchen.

In bezug auf die Warenpreise zeigen Holz, Roheisen und Leder merkwürdigerweise eine schnellsinkende Tendenz, ersteres, obwohl gerade die laufenden Holzversteigerungen noch gewaltige Ueberangebote der Händler zeitigten und für Schuhe infolge der großen Aufkäufe gelegentlich der Leipziger Messe zuletzt förmliche Phantastepreise gefordert wurden. Ein Paar Herrenstiefel war nicht mehr unter 350 Mk., ein Paar Damenstiefel sogar nicht unter 400 Mk. zu haben. Viele Händler, welche sich besonders für das Osterfest stark eingedeckt hatten, sind aber zum großen Teil auf ihren Vorräten sitzengeblieben, und da dieser Zustand auf die Dauer immer bedenklich ist, weil auch der kleinste Preissturz die Ware zu entwerten droht, so wird in diesen Sachen ebenfalls stark „angeboten", mit dem Erfolg, daß die Preise geradezu stürmisch sinken. Vielleicht erleben wir unter diesen Umständen noch die Zeit, wo wir überhaupt wieder zu normalen Preisverhältnissen zurückkehren, da ja auf die Dauer ohnehin nicht die Bäume der Warenschieber und -Wucherer in den Himmel wachsen können.

Namslau, den 9. April 1920.

Kohlenpreise.

Infolge der am 1. April erfolgten Erhöhung der Kohlenpreise seitens der Gruben wird eine Erhöhung der Kohlenpreise von 12,30 M. auf 13,70 M. p. Ctr. notwendig. Ich bringe dies hiermit zur allgemeinen Kenntnis.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
gez. Sayur, Landrat.

Für die **Bewachung von Bauplätzen** werden

zwei Kriegsverletzte

gesucht. Meldungen im **Kreishaus, Zimmer 2.**
Kreisausschuß. Sayur.

Milchversorgung.

Die ausgegebenen **Krankenmilchkarten werden bis auf weiteres nur mit der Hälfte des Nennwertes beliefert.**

Namslau, den 10. April 1920.
Der Kreisausschuß.
Dr. Sayur, Landrat.

Die

Generalprobe zur Theateraufführung

des Brauerei- u. Mühlenarbeiter-Verbandes
findet
Freitag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr bei Herrn Opitz, Dt. Vorstadt, statt.
Eintritt für Erwachsene 1 M., Kinder 50 Pfg.

Heut nachmittag 5 Uhr entschlief sanft nach längerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Frau Anna Frey

geb. **Sabarth**

im 79. Lebensjahre.

Namslau, den 9. April 1920.

Im tiefsten Leid

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag nachm. 3 Uhr.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Fuhrmann für die tröstenden Worte am Grabe, den lieben Krankenschwestern für die aufopfernde Pflege, den Ehrenjungfrauen und Angestellten des Kreishauses, sowie dem Jugendverein für ihr letztes Geleit.

Namslau, den 12. April 1920.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Robert Sänger
und **Frau.**

Breslauer Messe

26. April—1. Mai 1920.

Landwirtschaftliche Maschinen — Maschinenbau — Technik — Bauwesen — Baustoffe — Möbel — Innenausstattung — Webstoffe — Bekleidung — Drogen und Chemikalien — Rohstoffe.

Eintritt gegen **Messe-Abzeichen** — zum **beliebig häufigen** Besuch berechtigend — zum Preise von **5 Mark** bei Vorherbestellung (s. untenstehende Adresse) **10 Mark** während der Meßwoche.

Breslauer Messe-Gesellschaft
Ohlauerstr. 87.

Torf!

Rohtorf,	trocken per Ctr. M.	6.50
Brenntorf,	„ „ „ „	9.—
Preßtorf, beste Qual.,	„ „ „ „	11.—

in tiefschwarzer, schwerer und trockener Ware, einzigstes, markenfreies und billigstes Brennmaterial für Hausbrand, Zentralheizung und Kesselfeuerung Wagenladungen von 400 Ctr. oder Bahnladungen von 3000 Ctr. ab pommerscher resp. märkischer Station, Lieferung sofort bietet an:

Karl Schneider, Frankfurt a. Main,
Bürgerstr. 90.

Geräucherte Schotten

(feinste Delikatesse, goldgelb) 30 Pfd. netto M. 280.
ff. geräucherte Lachsheringe,
30 Pfd. M. 160,—.
(Patentversandkisten „Stabil" leihweise.)
Ia Heringshäckerle,
schmeckt zu Pellkartoffeln vorzüglich. Billigstes und bestes Brotschmiermittel — bester Ladenartikel — 45 Pfd. M. 130,—.
Rollmöpse mit Gurkeneinlage,
180 Pfd. M. 1150, 90 Pfd. M. 580, 40 Pfd. 265.
Bismarckheringe, 40 Pfd. M. 240.
Marinierte Heringe, 40 Pfd. M. 220.
Alles rein netto Fischgewicht incl. Faß, ab Breslau bezw. Dresden.

Altonaer Fischhalle

Breslau I,	Dresden A.
Herrenstraße 3/4,	Scheffelstraße 16,
Tel. Ring 7071.	Tel. 11908.

Auf der Domäne Schwirz

decken die gekörten Hengste
„Der Lotse", halbblut, Glanzrappe,
„Rex", Oldenburger, braun.
Deckzeit vorm. 8—9 Uhr, nachm. 3—4 Uhr.

Krankenkassen- An- u. Abmeldebogen
O. Opitz'sche Buchdruckerei.

Namslauer Lichtspiele

Grimms Hotel.
Mittwoch, den 14. April 1920, 8 Uhr

Die Liebe der Marion Bach. Schauspiel in 4 Akten.
Meine Tochter — Deine Tochter. Lustspiel in 3 Akten.

Sonderangebot!

Kakaopulver

II. Sorte, à Pfd. 5 Mk.
empfiehlt **H. Kristin.**
Es empfiehlt sich, von diesem Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Keuchhusten!

Eine wunderbare Hilfe bei Keuchhusten ist Apotheker Rattelhubers combinierte Keuchhustenkur.
Bestens bewährt! Fast nie versagend! Preis Mk. 7,50 franko!
Allein durch
Hofapotheke Hechingen (Hohenz.)

Eine große, gut erhaltene

Marktbude

mit **Plane** ist zu verkaufen. Wo, zu erfragen in der Exp. d. Bl.

---

1 Vogelgebauer-Ständer, ohne Gebauer, Preis 20 Mark, zu verkaufen. Bei wem, zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Ein neuer

Entlassungs-Anzug

ist zum Verkauf bei
Baberowski, Schneider, Glausche.

Suche guten

Prismen-Feldstecher,

Zeiß oder Görz, zu kaufen.
E. Engel, Berlin O. 27,
Andreasstr. 40.

Drei Hühner
entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben
Krakauerstr. 23.

40000 Mk.

zur ersten Hypothek auf ein Grundstück zu leihen gesucht.
Von wem, zu erfragen in der Expedition.

Suche für mein Kolonialwarengeschäft per bald

einen Lehrling u. 1 Laufburschen.
Carl Skowronek.

Wir suchen für neuartige Viehversicherung redegewandt **Vertreter.**
Jeder Landwirt ist zu gewinnen.
Off. „Oel", Halle/S II/117.

Kaufm. Lehrling

mit besserer Schulbildung gesucht
Urban & Nerlich,
Maurer- u. Zimmermeister,
Namslau.

Sohn

achtbarer Eltern, der das **Photographieren** erlernen will, kann sich melden bei
Heinrich, Photograph.

Ein kräftiger

Schmiedelehrling

kann sich melden bei
Schmiedemstr. **Koblitz,**
Gr. Marchwitz.

Suche bald: Ackerkutscher, Lohngärtner, 2 Stützen, Köchin für hier, 2 Hausmädchen für Berlin und zu Alleindienst, 1 Staller, 1 Dom.-Sattler u. 1 Haushälter.
Thomas Stannek, gewerbsmäß. Stellenvermittl. Namslau, Telephon 280.

Suche per sofort ein

sauberes u. ord. Mädchen.

Frau Bäckermstr. **Gerlitz.**

Anständ., tücht.

Dienstmädchen,

die etwas kochen kann, für kinderloses Ehepaar nach Beuthen O.-S. bei hohem Lohn gesucht. Off. unter **F. H. 666** an die Exp. d. Ztg.

Suche für sofort eine

ält. Frau

aufs Land zu einem Kinde, die sich auch im Haushalt mit betätigt. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

---

2 möbl. Zimmer

mit voller Pension gibt ab.
Frau Schnorr,
Krakauerstraße 22.